

Laibacher Zeitung.

Nr. 52.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Befreiung ins Land halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 5. März

Insertionspreis: bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 90 fr., 3mal 1.20; sonst pr. Zeile 1mal 6 fr., 2mal 9 fr., 3mal 12 fr. u. s. w. Insertionsbeispiel: jedesm. 80 fr.

1874.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 27. Februar d. J. den bisherigen Oberceremonienmeister Hugo Grafen Abensperg-Traun zum Oberstjägermeister und an dessen Stelle den Obersten Coloman Grafen Hunyady zum Oberceremonienmeister allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 27. Februar d. J. in Anerkennung der vieljährigen ausgezeichneten Dienstleistung dem Sectionschef im Handelsministerium Wilhelm Kolbensteiner den Orden der eisernen Krone zweiter Klasse und dem Ministerialrath dieses Ministeriums Karl Ritter von Pustwald das Ritterkreuz des Leopold-Ordens, beiden mit Rücksicht der Tugenden, allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 28. Februar d. J. dem Ministerialrath im Ackerbauministerium Wilhelm Heger das Ritterkreuz des Leopold-Ordens mit Rücksicht der Tugenden und dem Hilfsamtsdirector im Ackerbauministerium Franz Singer das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens in Anerkennung der von denselben geleisteten vieljährigen und ausgezeichneten Dienste allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 27. Februar d. J. die vom Hofrath des k. und k. gemeinsamen obersten Rechnungshofes Anton Ritter v. Pöy angeführte Uebnahme in den bleibenden Ruhestand allergnädigst zu genehmigen und zu gestatten geruht, daß demselben bei diesem Anlasse die Allerhöchste Zufriedenheit mit dessen vieljähriger, treuer und erspriesslicher Dienstleistung ausgedrückt werde.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 27. Februar d. J. über Antrag des Präsidenten des k. und k. gemeinsamen obersten Rechnungshofes den mit Titel und Charakter eines Hofrathes beleibeten Sectionsrath Julius Szent-Györgyi de Nagybápoli zum Hofrath, den Hofsecretär Leopold Kurzmayr zum Sectionsrath und den mit Titel und Charakter eines Hofsecretärs beleibeten Rechnungsrath Franz Umlauf zum Hofsecretär des gemeinsamen obersten Rechnungshofes mit der systemmäßigen Bezügen allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Minister für Kultus und Unterricht hat den bei der statistischen Centralcommission in Verwendung stehenden Privatdocenten der Statistik und des Staatsrechtes an der grazer Universität Dr. Karl Hugelmann zum Prüfungscommissar bei der staatswissenschaftlichen Abtheilung der theoretischen Staatsprüfungscommission in Wien ernannt.

Der Minister für Kultus und Unterricht hat den Professor am Communalgymnasium in Triest Benjamin Andreatta und die Supplenten Anton Canestrini und Alexius Santuari zu wirklichen Lehrern am Staatsgymnasium in Roveredo ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Vom Tage.

Die Action des österreichischen Finanzministers Freiherrn v. Pretis erfuhr in den letzten Tagen, namentlich auch in großen Tagesblättern, herbe und ungerichtete Kritik.

Man legt dem Träger des österreichischen Finanzportefeuilles zur Last, daß er nicht rechtzeitig, allsogleich nach Ausbruch der Finanz- und Gewerbskrise, mit Wundheilsmitteln hervortrat; daß er die Geldquellen Oesterreichs nicht allsogleich und im reichsten Maße auf Kosten der Steuerträger kassirte, sondern äußerst bedächtig und sparsam vorging.

Auch die Schwindel- und „Kraich“-Epöche mußte ihren Verlauf nehmen; den Finanz- und Gewerbskreisen mußte klar werden, daß solide Existenzen in der Finanz- und Gewerbswelt nur durch reelles Gebahren, nur durch Arbeit und Fleiß gedeihen und bestehen können; daß die Bahnen des Schwindels und der gewerblichen Untätigkeit ehestens verlassen werden müssen. Die Zeiten der Wunder sind längst abgelaufen; am

allerwenigsten können wir verlangen, daß ein Finanzminister heutzutage Wunder wirke.

Das „Freundenblatt“ übernimmt es, in seiner Ausgabe vom 1. d. die Action des Herrn Finanzministers v. Pretis zu erörtern und zu vertheidigen, unter einem die Solidarität des österreichischen Cabinets zu betonen.

Das genannte Blatt schreibt an leitender Stelle: „So lange die von einigen verfassungstreuen Organen mit Behemung fortgesetzten Angriffe gegen den Finanzminister keine politische Bedeutung hatten, konnte die Vertheidigung der Finanzpolitik des Baron v. Pretis den officiösen Federn überlassen werden, die sich dieser Aufgabe schlecht und recht entledigten. In letzter Zeit ist es aber nicht mehr die Person des Finanzministers allein, sondern die Solidarität des Cabinets, welche den Gegenstand der trotz aller Consecrationen nicht einzudämmenden Polemik bildet, und es läßt sich nicht verkennen, daß die Verfassungsgegner mit Wohlbehagen jeden Hieb verzeichnen, der von verfassungstreuer Seite in dieser Richtung geführt wird. Wenn nun der Beweis erbracht wäre, daß die Finanzpolitik des Baron v. Pretis dem Lande verderblich sei, so könnte man nichts anderes thun, als sehnlich wünschen, daß eine andere Persönlichkeit die Leitung des Finanzwesens übernehme und man wäre berechtigt, diesem Wunsch ohne Rücksicht auf die politischen Folgen eines solchen Personenwechsels Ausdruck zu geben.“

Das einzige Verbrechen aber, das dem Finanzminister zum Vorwurf gemacht werden kann, besteht darin, daß er ebensowenig, wie die von ihm zu Rath gezogenen Finanzcapacitäten das Universalheilmittel gegen die wirtschaftliche Krise anzugeben wußte und daß er, seiner Pflicht als Verwalter des Staatsvermögens eingedenk, nur mit großer Vorsicht und nach längerem Zögern den Weg der Staatshilfe betrat, und als er ihn betreten hatte, darauf bedacht war, durch allerlei Kautelen den Staatschatz vor Verlusten zu bewahren. In letzterer Beziehung ist der Vorwurf, wenn er nicht vielmehr ein Lob anstatt des Tadelns enthält, auch an die Adresse der Majorität des Abgeordnetenhauses zu richten, welche bekanntlich bei Feststellung des Wirkungskreises der Vorschusskassen noch viel vorsichtiger sein wollte, als selbst der Finanzminister, der zuletzt noch für die Effectenbelehnung eine Lanze brechen mußte.

Stellt es sich nun heraus, daß die Vorschusskassen keine Wunder wirken, daß sie der Industrie und dem Handel, die unter den ungünstigsten Absatzverhältnissen leiden, keinen Impuls zu erneuerter Thätigkeit zu geben vermögen, so möge man sich von dem Fehls fernhalten, für diese missigen Zustände durchaus eine bestimmte Person verantwortlich zu machen. Und wenn der Finanzminister eines jener Finanzgenies wäre, die durch die Fruchtbarkeit an Ideen die Mittelwelt in Erstaunen setzen, so könnte er doch der Industrie und dem Handel nicht dasjenige verschaffen, was ihnen vor allem fehlt, das ist: Absatz, Consumtionsfähigkeit und Kaufkraft des consumierenden Publicums. Die Klage über Creditmangel ist heute nicht mehr in dem Maße berechtigt, wie vor einigen Monaten, als die Errichtung von Vorschusskassen beschlossen wurde. Es zeigt sich, daß die creditfähigen Elemente in den meisten Fällen leicht und zu günstigeren Bedingungen als bei den Vorschusskassen Credit finden, während diejenigen, die den gesetzlichen Ansprüchen nicht genügen können, selbstverständlich von den Vorschusskassen abgewiesen werden müssen. Anstatt sich nun zu gestehen, daß diese Art der Staatshilfe überhaupt nicht zu den glücklichsten Ideen gehört, fällt man über den Finanzminister her, und zieht ihn deshalb zur Verantwortung, weil thatsächlich die Vorschusskassen nur wenig in Anspruch genommen werden. Für uns beweist diese Thatsache nur neuerdings den volkswirtschaftlich richtigen Satz, daß der Staat nicht den Beruf hat, als Creditgeber in das Geschäftsleben einzugreifen, ein Satz, den die Creditbedürftigen dadurch illustriren, daß sie sich an ihre regelmäßigen Creditquellen wenden und den Staat nur in ganz außerordentlichen Fällen eintreten lassen.

Das aber von gewisser Seite mit einer Consequenz, die einer besseren Sache würdig wäre, der Finanzminister als der Schuldtragende hingestellt wird, dessen Finanzpolitik es zu verantworten habe, wenn die Krise noch immer nicht beseitigt ist und die mit widrigen Verhältnissen kämpfende gewerbliche Thätigkeit noch immer nicht aufleben will; daß die Entfernung des Finanzministers von seinem Posten als die Bedingung einer Besserung der Zustände bezeichnet wird, ist schon deshalb vom Uebel, weil die betheiligten Kreise, die sich mehr als je nur von ihrer eigenen Energie und Ausdauer eine wirk-

liche Besserung versprechen dürfen, sich daran gewöhnen, alles Heil und Unheil von Oben zu erwarten, weil die große Menge, die froh ist, wenn sie einen Sündenbock gefunden hat, von den eigentlichen Ursachen der Krise, von der Quelle des Übels abgelenkt wird und sich für berechtigt halten muß, sich dem Pessimismus hinzugeben, da ja doch alles nichts nützt, so lange kein anderer Finanzminister kommt. Schon aus diesem Grunde ist es die Pflicht aller Verständigen und Einsichtsvollen, der zum Theil auf egoistische Motive zurückzuführenden Agitation gegen den Finanzminister entgegenzutreten.

Es kann nicht nachdrücklich genug betont werden, daß die Dinge ihren Lauf genommen hätten, wenn auch die Staatsmittel mit vollen Händen ausgegeben worden wären, um der Krise Einhalt zu thun, höchstens daß dann zu allem Ungemache auch noch ein intensives Mißtrauen gegen die Staatsleitung und die Erschütterung des Staatscredits hingetreten wäre. Ebenso nachdrücklich muß es aber hervorgehoben werden, daß der eventuelle Nachfolger des jetzigen Finanzministers, wie hoch auch seine Capacität angeschlagen werde, außer Stande sein wird, den gewerblichen Interessen auf einem anderen Wege entgegenzukommen, als auf dem der indirecten Belebung der industriellen Thätigkeit. Mit der Entfernung des Finanzministers von seinem Posten wird absolut nichts anderes gethan sein, als daß wir um eine Krise reicher sein werden. Diejenigen, die auf den baldigen Rücktritt des Finanzministers vertrauen und sich und anderen davon einen Umschwung versprechen, vermehren nur die herrschende Unzufriedenheit und lenken den Unwillen, der ein Opfer sucht, gegen den Mann, der wahrhaftig an all' dem Uebel, das über Oesterreich hereingebrochen, sehr unschuldig ist.

Was aber die Solidarität des Cabinets betrifft, welche aus Abneigung gegen die Person des Finanzministers ebenfalls den Gegenstand heftiger Angriffe bildet, so ist dieselbe geradezu eine politische Nothwendigkeit. Ist das Ministerium entschlossen, an der vorsichtigen, den Staatschatz schonenden und den öffentlichen Credit während der Finanzpolitik festzuhalten, so liegt gewiss kein Grund vor, den Finanzminister fallen zu lassen, weil er das Unglück hat, einigen Journalen und einem Theile der Börse nicht genehm zu sein. Insofern die Solidarität des Cabinets den Gedanken zum Ausdruck bringt, daß das Gesamtministerium für die Finanzpolitik einstehen, die mitten in einer verheerenden Krise den Staatscredit intact hielt, und daß die Staatshilfe nur dort einzutreten habe, wo allgemeine Interessen es erfordern und der Erfolg wenigstens wahrscheinlich ist, wüßte es bedauert werden, wenn die systematisch betriebene Hege gegen den Finanzminister kräftig genug wäre, diese Solidarität zu durchbrechen. Den Vortheil davon hätten nur die Gegner des Systems, die dann mit mehr Berechtigung, als heute die Anklage erheben könnten, daß das politische System den finanziellen Schwindel begünstige und mit demselben innig verknüpft sei.“

Der wiener Correspondent der „Grazer Zeitung“ beleuchtet in nachstehendem Artikel die Opposition in der verfassungstreuen wiener Presse:

„Alle Verfassungsstaaten, welche nicht mehr in den Kinderschuhen stecken, besitzen nur eine ministerielle und oppositionelle Partei; ein mixtum compositum kennen sie nicht, und das ist sehr verständig, weil sonst nie eine klare Situation mit der Aussicht auf längeren Bestand eintreten könnte. Man findet die beiden Richtungen in den parlamentarischen Körpern wie in der Presse.“

In Oesterreich bedurfte es längere Zeit, um eine Art von ministerieller Partei in den Häusern am Schottenring oder in der Herrrengasse herzustellen; leidet sie doch immer noch an einer gewissen Verschämtheit, die mit der Devise: „Mißtrauen ist des Bürgers erste Pflicht“ zusammenhängen mag. Anders ist es mit der Presse. Wien besitzt vielerlei Eigenthümlichkeiten, aber um diese Eigenthümlichkeit seiner Presse wird es wohl von keiner anderen Großstadt beneidet. Wir verzichten darauf, eine ins Einzelne gehende Kritik zu üben und halten uns nur an die widernatürliche Erscheinung, daß Blätter, welche sich mit dem Namen „verfassungstreu“ schmücken, das gegenwärtige mit äußerster Anstrengung zustande gebrachte Ministerium, dessen Verfassungstreue nirgends bezweifelt wird, wiederum zu Fall bringen wollen. Ist es traurig genug, bekennen zu müssen, daß ein nicht unbeträchtlicher Theil der hiesigen Presse ihre hohe Aufgabe der wirklichen Belehrung des Volkes total verkennt, daß er, statt Botschaften und geschäftliche Leidenschaften zu bekämpfen, die landläufigen Phrasen am Bierische vorzieht, daß er auf diese Weise eine wohlfeile Popularität und zugleich zahlreichere Abonnenten zu erwerben trach-

tet, so ist es noch viel trauriger, wenn man entdeckt, daß andere Blätter, von denen man Prinzipientreue erwarten durfte, ihre Opposition auf die Basis des schmachlichsten Egoismus stellen. Und in welcher unschuldigen Gewand hüllt sich diese Interessenpolitik!

Kann wohl das Gesamtministerium dem schönen Rath noch länger widerstehen, daß es sich einen Verlagshändler zum Vorbild nehmen soll, der ein oder einige Blätter eines von ihm verlegten Werkes, welche mit Druck- und anderen Fehlern behaftet sind, durch „Cartons“ ersetzen läßt? Möglich auch, doch höchst unwahrscheinlich, daß Baron de Pretis aus Furcht vor einem „Carton“ sich endlich noch herbeiläßt, ein gewisses Papier börsenfähig zu machen. Eine nicht minder traurige Eigenthümlichkeit der hiesigen Presse zeigt sich auch in den Allianzen, die jetzt geschlossen werden. Die zärtliche Umarmung, in welcher das „Organ der Demokratie“ unter der Fahne des allgemeinen Stimmrechtes mit dem ehesten Echo der Ultramontanen liegt, hat sie wohl ein anderes Motiv, als das verfassungstreue Cabinet Auerperg zu stützen?

Doch wie lächerlich zeigt sich die Vericho-Trompete, wenn sie den Fall des Finanzministers bewirken zu können glaubt. In einem Verfassungsstaate ist eine Ministerveränderung lediglich an den Willen der Krone und an das Urtheil der Volksvertretung gebunden. Beide Factoren haben es aber noch in keiner Weise an sichtbaren Zeichen der Uebereinstimmung mit Herrn de Pretis fehlen lassen. Und dies ist um so höher anzuschlagen, als der beispiellose Krach die furchtbarsten Calamitäten nach allen Seiten hin veranlaßt hatte, und als dem Finanzminister dadurch die schwierigste Aufgabe zufiel, deren vollkommen glückliche Lösung, wenn man ähnliche Katastrophen der Vergangenheit ins Auge faßt, noch niemals vollführt wurde. Wohin wäre man gekommen, wenn man die Recepte der Presse benützt hätte? Vielleicht würde man dann zu einer zweiten Salonne gegriffen haben. Aber dann?!

Wie jetzt eine große Anzahl der wiener Blätter beschaffen ist, läßt es sich voraussetzen, daß der Einfluß der Presse sich vermindern muß. Sie leidet an Einseitigkeit und zeigt weder Unabhängigkeit, noch strenge Sittlichkeit. Und hierzu gesellt sich noch eine arge Ueberhebung, die sich wähnen läßt, sie könne ihre Cartons versenden, um defecte Blätter zu ersetzen. Die Presse — und dies möchten wir gegenüber der Wiener betonen — soll Führer sein, aber nicht Geführter von Phrasenhelden, die einen gegenseitigen Versicherungspact mit obligaten Reclamen bereitwilligst eingehen.“

Zur Ministerkrise in Ungarn

wirft der „Pester Lloyd“ die Frage auf: „Welchen Zweck die Demission des Ministeriums in diesem Augenblicke überhaupt habe?

Das genannte Blatt beantwortet diese Frage in folgendem:

„Gedrängt zum Rücktritt zwingt das Ministerium sich offenbar nur durch die unendliche Zerfahrenheit aller Parteiverhältnisse, durch den gänzlichen Mangel einer verlässlichen Regierungsmajorität, also durch solche Momente, die, wie die Dinge heute beschaffen sind, auch dem folgenden Cabinet ebenso lähmend entgegen treten und auch ihm die parlamentarische Existenz nahezu unmöglich machen würden.“

Der neue Ministerpräsident müßte ebenfalls damit beginnen, daß er zunächst den Versuch der Wiedervereinigung der dealistischen Fractionen macht und für den

Fall, als dieser Versuch mißlänge, die Initiative zur Herbeiziehung der außerhalb der Dealpartei stehenden Elemente ergreift; denn, wollte er sich lediglich auf die Fortsetzung des status quo beschränken, so könnte von einer ersten Parlaments- und Regierungsthätigkeit ebensowenig wie jetzt die Rede sein.

Glaubt man nun wirklich, daß irgend eine Persönlichkeit aus den Reihen der Dealpartei sich zu einer solchen Mission besser eignen würde, als der gegenwärtige Ministerpräsident, oder ist man noch immer in dem Irrthum befangen, daß eine solche Mission von einem andern, als eben von einem Regierungschef durchgeführt werden könnte?

Wir sehen es ja, daß die Zurückhaltung, welche Herr v. Szlavay sich in dieser Richtung bisher auferlegt, nur ein negatives Resultat zu Tage gefördert hat, daß alles blieb wie es war und keines der hervorragenden Parteimitglieder sich dazu verstehen mochte, die Initiative zur Klärung der Verhältnisse und Herstellung einer geänderten Parteistellung zu ergreifen. Und das letztere ist ganz natürlich. Jedes Parteimitglied glaubt sich durch Rücksichten auf die bestehende Regierung gebunden und mag nicht einen Prozeß inaugurieren, der sich möglicherweise gegen den Bestand des Cabinets lehnen könnte. Die Zumuthung aber, daß die Initiative zur Schaffung einer bessern Parteiconstellations von der Krone ausgehen sollte, widerspricht so sehr allen constitutionellen Begriffen und ist so völlig absurd, daß sie füglich ganz außer Betracht bleiben darf. Es gibt daher aus dem circulus vitiosus schlechterdings kein Entrinnen, wenn nicht der Chef der Regierung — der gegenwärtigen oder einer künftigen — selbst die unerlässliche Vermittlerrolle, sei es zwischen den Fractionen der Dealpartei, sei es zwischen den verschiedenen Parteien und ihren Führern, übernimmt, d. h., wenn nicht dasjenige geschieht, was wir vor drei Wochen als den einzigen möglichen Ausweg zu bezeichnen uns erlaubt haben. Freilich wird's nur um einige Wochen später geschehen, allein das thut nichts. Unsere Mittel erlauben uns das. Es ist mit uns nach allen Richtungen hin so brillant bestellt, wir sind den andern gebildeten Staaten Europas so weit voraus, daß wir uns die Verschwendung, einige Wochen zum Fenster hinauszumwerfen, immerhin gestatten dürfen. Wenn's nur auch die letzten wären, die in so unverantwortlicher Weise vergeudet wurden!“

Die orientalische Frage

erscheint wieder einmal auf der Tagesordnung. Die „Times“ findet sich berufen, über diese bereits zu wiederholten malen ventilirte Frage folgenden Artikel zu bringen: „Nach der Meinung vieler Politiker sind in bezug auf das, was man die orientalische Frage nennt, die vor uns liegenden Schwierigkeiten größer als es jene waren, welche durch den Frieden von 1856 temporär beseitigt worden sind.“

Die finanzielle Lage des türkischen Reiches ist eine prekäre. Einige nennen sie sogar eine hoffnungslose; in den höheren Kreisen der Regierung der Pforte finden endlose Wechsel statt, die durch die Laune des Herrschers dictirt werden, aber die Kraft der Regierung nicht vermehren. Andererseits nöthigen der Fortschritt und die moralische Ueberlegenheit der benachbarten oder tributären christlichen Staaten zu einer Erwägung der Lage derselben. Es ist kein Zweifel, daß Griechenland jetzt einen König hat, der viel respectabler ist, als es Otto war,

und derselbe ist mit einer russischen Prinzessin verheiratet; daß die Donaufürstenthümer sich zu einem wichtigen Staate unter der Regierung eines Mitgliedes eines großen europäischen Hauses construiert haben, und daß die sursiliche Herrschaft in Serbien eine unabhängigere Stellung während der letzten Jahre gewonnen hat.

In derselben Zeit hat sich die Regierung des Sultans schrittweise den zwei Westmächten entfremdet. Schon vor dem Kriege von 1870 stellte sich Sultan Abdul-Aziz, als ob er keinen weiteren Schutz brauche und ließ die Welt glauben, er stehe mit der russischen Regierung in den bestmöglichen Beziehungen. Der Fall des französischen Kaiserthums vollendete die Vernichtung des westlichen Einflusses und zerriss eine Tradition, die sich seit Generationen behauptet hatte. Die räumliche Entfernung Englands, das mit Angelegenheiten von unmittelbaren Interessen beschäftigt ist, und die Erkenntnis, daß daselbst jeder Versuch einer Rückkehr zu der Politik von 1854 auf den entschiedenen Widerstand einer großen Partei, der Nachfolgerin der Gegner des damaligen Krieges, stoßen würde, ließen den continentalen Politikern das freiwillige Fernhalten Englands von jeder künftigen orientalischen Streitfrage ebenso sicher erscheinen, wie den gezwungenen Rückzug Frankreichs.

Alle diese Umstände haben dazu beigetragen, die continentalen Politiker zu überzeugen, daß Rußland die orientalische Frage wieder eröffnen wird. Es sei sein Interesse, dies zu thun, und wenn es auch die Kosten dazu hat, so ergeben sich die nothwendigen Folgerungen von selbst. Es gibt jetzt nur zwei große Mächte in Europa, mit denen man rechnen muß. Die eine von diesen ist furchterregend bis zum Extrem und wäre zweifellos im Stande, Rußlands Vorschreiten zu hemmen. Deutschland kann kein Verlangen haben, die Grenzen der russischen Politik und russische Zollhäuser über Länder sich ausbreiten zu sehen, wo so viele deutsche Ansiedler und Kaufleute leben.

Aber die Vermuthung spricht dafür, daß Deutschland keine andere Wahl haben wird, als Rußlands Allianz auf Kosten der gemeinsamen europäischen Interessen im Osten zu gewinnen.

Als Fürst Bismarck Elsaß und Lothringen annektierte, begründete er die Suprematie Rußlands im europäischen Staatensystem. Frankreich würde nun den Traditionen seiner Diplomatie und seines militärischen Ruhms zum Trost seinen Einfluß im Osten aufgeben für die Hilfe Rußlands und die Furcht vor einer solchen Allianz muß das deutsche Reich nicht weniger nachgiebig machen. Daher die namentlich seit der Zusammenkunft der drei Kaiser in Berlin wiederholt aufgelauchten Gerüchte, daß die Wiederherstellung des Ostens in Uebereinstimmung mit der russischen Politik wahrscheinlich binnen nicht langer Zeit und selbst ohne die formale Theilnahme der Westmächte in Angriff genommen werden wird.

Die Stellung Oesterreichs ist für das Vorgehen Rußlands im Südosten von Europa schon weit hinderlicher. Dem wiener Hofe schrieb man stets das Bestreben zu, die ottomanische Herrschaft aufrecht zu erhalten. Diefelbe große Macht, welche den einen Staat auf Grund der Religion gefährdete, bedrohte den andern auf Grund einer vagen, aber anziehungskräftigen Racialtheorie. Der Besitz der Donauprovinzen und die Kontrolle über Serbien — nicht zu gedenken der Länder, welche dem Sultan noch direct unterworfen sind — würde Oesterreich in die Platte nehmen und es zu einer Macht zweiten Ranges machen. Der Uebergang des ganzen untern Donaulaufes in die Hände seines Rivalen wäre ein unerseßlicher materieller Schlag für Oesterreich.

Seuiletton.

Die Schauspieler.

Eine Erzählung von Wilhelm Marsano.

Vorwort.

Den zahlreichen Freunden und Verehrern der fruchtbaren Muse, des vor zwei Jahren in Görz verstorbenen F.-M.-L. Wilhelm v. Marsano, glaube ich durch die Mittheilung einer seiner überhaupt wenig, hierlands gar nicht bekannten Erzählungen aus dem Jahre 1830 umso willkommener zu sein, als, soweit mir bekannt, dieser umfangreiche und ebenso anziehende Aufsatz in den nach Marsano gesammelten Dichtungen, Dramen und sonstigen Schriften nicht erschienen ist.

Der als General und Autor berühmte Mann kann wohl in allen Leserkreisen einer freundlichen Aufnahme gewiß sein, welche mich zu dieser Veröffentlichung bestimmt.

Ueber die Genesis der erwähnten Erzählung unter dem einfachen Titel:

„Die Schauspieler“

erlaube ich mir folgendes zur öffentlichen Kenntniss zu bringen, was insbesondere bei jenen k. k. Offizieren seine Bekräftigung finden wird, welche in der italienischen Armee den unter Marschall Radetzky fallenden größten Theil der Dienstzeit Marsanos mitzumachen Gelegenheit hatten, oder sonst zu dem General in nahen Beziehungen gestanden sind.

Marsano war im Jahre 1820/1 als k. k. Grenadierlieutenant in der Festung Königgrätz stationiert. Sein Vater war daselbst h. st. Kreisassessor und Marsano besuchte häufig unser Haus.

Nebenbei sei bemerkt, daß meine Mutter, eine geborene Französin, aus dem nicht unberühmten Geschlechte „Claviere“ war; weshalb die traulichen Unterhaltungen sich oft um das französische Idiom bewegten.

So jung ich war, hatte ich oft an den Familiengesprächen theilgenommen, wurde auf diese Weise mit Marsano nahe bekannt und später bei jeder Gelegenheit von ihm „sein junger Freund“ genannt.

Unsere Bekanntschaft setzte sich bis zum Jahre 1830 in Prag fort, wo Marsano k. k. Hauptmann, wenn ich nicht irre, im Latourregimente war, ich aber eben die Rechtswissenschaften absolviert hatte.

Von der Landsmannschaft abgesehen, berührten wir uns geistig durch Mitarbeiterschaft in die damals als „Unterhaltungsblätter“ bestandene und jetzt noch als politisches Blatt bestehende „Bohemia.“

Für die in der 100thürmigen Hauptstadt Prag Bekannten will ich noch beifügen, daß Marsano und ich allwöchentlich einmal in der ersten Restauration der Altstadt, bei der „blauen Weintraube“ auf dem Obstmarkt, mit dem berühmten Aesthetiker Professor Anton Mäler zusammenkamen und manche Stunde im interessantesten Wortverkehr zubrachten.

Zeit, Umstände und Verhältnisse, welche immer den Menschen bestimmen, trennten uns.

Marsano wurde nach Italien zur Armee berufen, machte bekanntlich rasche Carriere und ich sah den angesehenen, aber immer gleich liebenswürdigen Mann und

angenehmen Gesellschafter nicht wieder, bis im Jahre 1859, als Feldmarschalllieutenant A. D. abermals in Prag, wo er vorläufig seinen Aufenthalt gewählt hatte, um sich bald nach Görz zu begeben.

Bezüglich seines Aufenthaltes in Görz, seines dortigen geselligen Verkehrs, seines ihm zugeflossenen Glückes der Erblindung u. s. w., verweise ich auf jene Biographien, welche ihn als Mensch, Militär und Dichter mit Wahrheit tren geschildert haben.

Ich meinerseits bewahre aus dem Jahre 1830 jenen Theil der „Bohemia“, der seine oben bezeichnete Erzählung enthält und theile eben diese Erzählung den freundlichen Lesern gerne mit.

Mögen diese Blätter, d. h. die vorgeführten „Schauspieler“ außer den Brettern, welche die Welt bedeuten, recht viele angenehme Reminiscenzen an denjenigen erwecken, der diese Schauspieler in die Welt gesetzt hat, ohne daran gedacht zu haben, daß sie das laibliche Publikum im Jahre 1874, folglich 44 Jahre später unterhalten sollen.

Tritt dieser von mir vorausgesetzte Fall ein, so habe ich dem Namen Marsano's ihnen huldgebend, meine schuldige Erinnerung dargebracht.

J. Schmiebl.

I.

Die Mutter weinte, Schwester Emerentia lagte betrübt mitten im Zimmer am Tische ein kleines Bündelchen Wäsche zusammen. Tröstend aber vor beiden stand der achtzehnjährige Fritz Mai, frisch, frohlich, blühend wie sein Name. Muthig schüttelte er die blonden Locken aus dem glänzenden Antlitz, und die

Aus diesen Gründen erschien eine Theilnahme Oesterreichs an irgend einer Wiederaufnahme der orientalischen Frage durch Rußland zweifelhaft und man glaubte, das Unternehmen werde unabhängig von Oesterreich wenn nicht gegen dessen Willen ins Werk gesetzt werden. Aber der Besuch des Kaisers Franz Joseph in Petersburg hat den Gang dieser Erwägungen umgekehrt.

Nimmt man als sicher an, daß die orientalische Frage in Erwägung gezogen worden ist, und daß die Zustimmung des Kaisers ein Zeichen der Uebereinstimmung beider ist, so ergibt sich daraus, daß Oesterreich im Verbande mit Rußland und mit Deutschland ist, welches schon vorher seinen Sinn geändert hat. In Deutschland herrscht Antipathie gegen die Türkei, und man würde da gern das Verschwinden des mohamedanischen Glaubens vom europäischen Boden sehen. Da der Umsturz des Werkes von 1856 und die vorausgesetzte Vergrößerung Rußlands politisch rathlich seien, ist eine offene Frage, aber über die moralischen Verdienste der gegnerischen Rassen und Bekenntnisse herrscht keine Meinungsverschiedenheit.

Politische Uebersicht.

Laibach, 4. März.

Der vom deutschen Reichskanzler Fürsten Bismarck und dem Bundesrath vorgebrachte, gegen die abgesetzten Geistlichen gerichtete Gesetzentwurf besteht aus folgenden Artikeln: „Artikel 1. Kirchendiener, welche durch Urtheil eines Gerichtes aus ihrem Amte entlassen wurden, können durch Beschluß der Centralbehörde ihres Heimatsstaates ihrer Staatsangehörigkeit verlustig erklärt werden; bis zur Beschlußfassung kann ihnen durch die Landespolizei der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten versagt oder angewiesen werden. Artikel 2. Diese Bestimmung findet auf jene Personen Anwendung, welche wegen Amtshandlungen in widerrechtlich übertragenem Wirkungskreise rechtskräftig verurtheilt sind. Die Landespolizei ist befugt, die angeklagten Kirchendiener nach Eröffnung der Untersuchung des Gerichtes bis zu deren Beendigung zu internieren oder auszuweisen. Artikel 3. Kirchendiener, welche nach diesem Gesetz ihrer Staatsangehörigkeit verlustig erklärt werden, können diese in keinem Bundesstaate ohne Erlaubnis des Bundesrathes erwerben, auch ist ihnen ohne die letztere der Aufenthalt in einem anderen Bundesstaate nicht gestattet, wenn ihnen der Aufenthalt in ihrem Heimatsstaate versagt wird.“

Im Justizauschusse des deutschen Bundesrathes haben die Anhänger der Schöffengerichte eine entscheidende Niederlage erlitten. — Der württembergische Minister v. Mittnacht referierte über die Strafprozeßordnung und vertrat dabei energisch die Beibehaltung der Schwurgerichte, indem er deren segensreiche Wirkungen in Süddeutschland constatirte. Von den Vertretern Baierns und Hessens wurden seine Argumente nachdrücklich unterstützt, und der preussische Justizminister trug nichts Besseres an als der Stimmung in Süddeutschland Rechnung tragen und auf die Schöffengerichte verzichten. — Die preussische Preßgesetz-Commission lehnte mit überwiegender Majorität den § 20 des Gesetzes ab, welcher von der Bestrafung derjenigen Personen handelt, die Ungehorsam gegen die Gesetze oder eine Verletzung derselben als erlaubt oder verdienstlich mittels der Presse darstellen.

Der österreichischen Regierung scheint sehr ernstlich an einem ersprießlichen Fortgang der Colonisation

Neu-Caledoniens gelegen zu sein. Laut einer eben erschienenen Ministerialverfügung sollen in allen Arsenalen und, wenn nöthig, auch unter der Civilbevölkerung eine Anzahl Arbeiter verschiedener Professionen für Neu-Caledonien angeworben werden. Hauptsächlich wird auf Schmiede, Zimmerleute, Schreiner und Klempner reflectirt. Es wird denselben freie Ueberfahrt und während derselben 75 Francs Gehalt gewährt. In der Colonie wird derselbe verdoppelt. Das Engagement dauert vier Jahre; nach Ablauf dieser Frist haben die Arbeiter das Recht, freie Rückfahrt in die Heimat zu beanspruchen. — Der Antrag, die in Frankreich ansässigen Ausländer, welche in ihrem Vaterlande nicht der Militärpflicht unterworfen sind, in die französische Armee einzureihen, wurde von der Initiativecommission in Erwägung gezogen. — Die „Liberté“ bespricht neue drohende Maßregelungen der Presse und beschwört die Regierung, von denselben abzusehen.

In einer Besprechung des Charakters der auswärtigen Politik des neuen englischen Cabinets sagt das Hauptorgan der Tories, der „Standard“: „Frankreich wird vergeblich nach England um Billigung irgend eines Versuches, Elaf-Vorbringen durch einen neuen Krieg wiederzuerlangen, blicken; aber andererseits wird England unter seinen neuen Führern nicht sein Mißfallen verhehlen über ein willkürlich arrogantes und beleidigendes Benehmen des siegreichen Deutschlands dem besiegten Frankreich gegenüber, wie solches an den Tag zu legen Fürst Bismarck nur allzu geneigt scheint. Der Papst auch wird aus der Haltung der Regierung gegen die extravaganten Anmaßungen der Bischöfe in Irland lernen, daß die englischen Conservativen keine Sympathie für den Ultramontanismus weder im Inlande noch im Auslande haben.“

Die seit langer Zeit schwebenden Verhandlungen zwischen Rußland und dem Vatican bezüglich der Ernennung der Bischöfe in Polen wurden von Rußland abgebrochen.

Die confessionellen Vorlagen.

Die parlamentarische Welt ist voll Spannung auf die wahrscheinlich schon heute beginnende Debatte über die confessionellen Gesetze. Es scheint, daß die clericale Partei diesmal mit voller Redekraft in die Schranken treten will, darauf deutet mindestens die große Zahl der jetzt schon vorgemerkten Redner. Nicht weniger als 27 Abgeordnete der rechten Seite haben sich als Sprecher gegen die Vorlagen einschreiben lassen. Es sind dies die Abgeordneten: Graf Hohenwart, Greuter, Weiß-Starkensfeld, Karlon, Lienbacher, Dr. Harrant, Dr. Projak, Wurm, Dr. Graf Pawlinowicz, Baron Petrin, Fischer, Dr. Blotz, Kainer, Zeilberger, Pfägel, Baron Giovanelli, Neumayer, Bärnsfeld, Fürst Czartoryski, Dr. Smolka, Kaczala, Kurza, Chelmecki, Arzeczynowicz, Ciencala und Hermann.

Als Redner für die Vorlage sind 10 Redner eingetragen, und zwar: Dr. Schaffer, Göllerich, Dr. Dürnberger, Fox, Professor Suez, Dittes, Pellsberg, Venturi, Carneri und Wildauer. Insgesamt also 37 Redner; zählt man den Berichterstatter und die Minister dazu, so wächst sich eine stattliche Reihe heraus, die es wahrscheinlich macht, daß zur Erledigung dieses ersten der confessionellen Gesetze mindestens acht bis zehn Sitzungen nöthig sein werden.

Das „Neue Fremdenblatt“ bemerkt: „Vielleicht haben es die Clericalen, das illustre Vorbild der ungarischen 48er copierend, darauf abgesehen, die „Tobt-

rebner“ zu spielen und durch unermüdlige Discussion einen endgiltigen Beschluß hinauszuschieben. Glücklicher Weise hat unsere Geschäftsordnung Mittel, einem solchen Vorhaben zu begegnen, und in Kreisen der verfassungstreuen Abgeordneten ist man darüber einig, daß den Pflichten der Redefreiheit vollständig genug gethan ist, wenn von jeder Seite zehn Redner das Wort geführt haben. Obne dies bietet ja die Specialdebatte Anlaß genug, die Discussion wieder aufzunehmen.“

Tagesneuigkeiten.

— Se. k. Hoheit der Herr Erzherzog Wilhelm ist am 3. d. um halb 10 Uhr früh von Triest mit dem Kriegsdampfer „Elisabeth“ nach Pola und Dalmatien abgereist.

— Se. k. Hoheit der Herr Erzherzog Ludwig Victor ist zu einer vierwöchentlichen Kur nach Karlsburg gereist.

— (Für die Richte Beethoven's.) Se. Maj. König Ludwig von Baiern hat auf Antrag seiner Hoftheaterintendantin der Witwe Frau Karoline von Beethoven, die in Wien wohnt, für die jedesmalige Aufführung der Oper „Fidelio“ eine 5prozentige Lantidme aus der gesamten Einnahme, inclusive der Abonnementsquote, vorläufig auf die Dauer von zwei Jahren bewilligt.

— (Für Lehrkreise.) Im k. k. Unterrichtsministerium werden am 9. März commissionelle Beratungen beginnen, welche a) die Revision der bezüglich des Lehrerbildungswesens bestehenden Normen, speciell die Feststellung eines definitiven Lehrplanes für Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten, b) die Feststellung von Normal-Lehrplänen für die verschiedenen Kategorien der allgemeinen Volksschule zu dem Zwecke, um dadurch den Landesschulbehörden eine sichere gemeinsame Grundlage für die von ihnen nach § 63 der Schulordnung zu erlassenden Normal-Lehrpläne zu geben und c) die Feststellung definitiver Lehrpläne für die Bürgerschulen zum Gegenstande haben. Zu dieser Enquetecommission sind einberufen: die Landesschulinspektoren Klobit aus Triest, Dr. Ulrich aus Wien, Zeynek aus Troppau und Gradil aus Prag; die Seminardirectoren Niedergerg aus Wien, Schulrath Kiebel aus Troppau, Adam aus Graz, Dr. Lindner aus Kuttendorf und Scholz aus Jungsbrunn; der Hauptlehrer Lielegg aus Wien, die Bezirksschulinspektoren Schubert und Hofbauer aus Wien. Für einzelne Disziplinen (Turnen, weibliche Arbeiten, Landwirtschaft, Kindergärtnerie, fremde Sprachen, Musik) so wie für die Regelung der Schulbücherfrage werden der Enquetecommission noch besondere Experte beigegeben werden.

— (Der Wörthersee) hat, wie die „Klagenf. Ztg.“ erzählt, leider wieder einmal zwei Opfer gefordert. Am letzten Donnerstag war der 70jährige Inasse Kieber aus Dellach mit seinem Nachbar Swarusch in dem bekannten Gasthause zum Christof, wo sie dem Weine wacker zugesprochen hatten; um 11 Uhr nachts erst dachten sie an die Rückkehr und bestiegen im ungeheueren Zustande den Kahn; bald darauf hörten mehrere Uferbewohner vom See her wiederholte Hilferufe, doch war es unmöglich den Rufenden beizuspringen. Am nächsten Morgen fand man den Kahn, auf welchem die beiden Döllacher die Fahrt gewagt, umgestürzt im Wasser; die Leichname der Verunglückten wurden bisher nicht gefunden. Aller Wahrscheinlichkeit nach stießen die beiden Schiffer an eine Eis-scholle, infolge dessen der Kahn umstürzte und die Armen in den Fluthen des See's ihren Tod fanden.

— (Von der Insel Laccroma.) Lieutenant Dumicic, welcher vor einigen Jahren die Insel Laccroma (ehemals Eigenthum und Lieblingsaufenthalt Sr. Majestät des Kaisers Max) um den außerordentlich billigen Preis von circa 40.000 fl. kaufte, beabsichtigt nunmehr dieselbe „auszuspülen“. Er hat sich bereits an die Behörde mit der Bitte um Bewilligung zur Abhaltung einer Lotterie gewendet und will vom Reinertragnisse ein Sechstel dem Borstkirchenbaufonds in Wien und ein weiteres Sechstel irgendeinem vom k. k. Ministerium des Innern namhaft zu machenden humanitären Zweck widmen.

Locales.

— (Der Männerchor der philharmonischen Gesellschaft) brachte gestern abends dem abgetretenen Director der genannten Gesellschaft, Herrn Regierungsrath Dr. Ritter von Schöppel, ein Sänger-Siändchen.

— („Die neue Magdalena“), das überall mit großem Beifalle aufgenommene Sensationschauspiel, gelangt heute zur Aufführung und es wird darin unsere geschickte, hochbegabte Schauspielerin Frau Kleinsky-Bürger die Titelrolle ausführen.

— (Vom Tage.) Gestern um 11 Uhr vormittags gerietten einige Tagelöhner aus der trafenauer und tirnauer Vorstadt wegen eines losgebundenen Rahmes in Streit, welcher solche Dimensionen annahm, daß sogar mit Haken dareingeschlagen und Gewehrschüsse abgefeuert wurden. Sowohl der angegriffene als auch der angreifende Theil erlitt schwere Verletzungen. Die städtische Sicherheitswache nahm die Verhaftung der Excedenten vor. Die strafgerichtliche Untersuchung wurde bereits eingeleitet. — In einer hiesigen Badeanstalt versuchte gestern ein aus Triest zugereister Privatmann sich mit einem scharfen Rasiermesser den Hals, Arm, Bauch und die Pulsadern durchzuschneiden. Ein tiefes Herzleid soll die Ursache dieses Attentates gewesen sein. Schnelle Hilfe war sogleich am Platz und der schwer Beschädigte wurde in das Civilspital transferiert.

muntern blauen Augen schweiften durch die offenen Fenster weit, weit ins Freie hinaus, seiner inneren Sehnsucht folgend, die ihn von dem mütterlichen Herde einer fremden, ungewissen Zukunft entgegen trieb.

Fritz Mai war der Sohn eines bemittelten Krämers in einer Landstadt, und von seiner frühesten Jugend für das ruhige Gewerbe seines Vaters bestimmt. Doch genügte diese Bestimmung nicht der feurigen Seele des Knaben, was oft zu häuslichen Zwistigkeiten in der Familie Anlaß gab. Die Mutter und Schwester Emerentia nahmen den Knaben gegen den Zorn des Vaters in Schutz, und die Störungen des Familienfriedens wurden durch den Knaben selbst beseitigt, welchen ein Verwandter der Mutter, der in der Hauptstadt wohnte, auf ihre Bitte zu sich nahm.

Der Krieg aber, der mit seinem ersten Gefolge über das Land sich ergoß, hatte das Besizthum des alten Mai fast gänzlich zerstört, er selbst aber war aus Gram darüber, seinen früheren Wohlstand untergehen zu sehen, in das ewige Leben des Friedens hinüber gewandert. Die Mutter berief den einzigen Sohn zurück, um für ihre Zukunft einen festen Plan zu entwerfen. Sie hatte gehofft ihn nun älter, also auch ruhiger und besonnener zu finden, und mit dem Wenigsten, was sie aus dem Sturme der Zeit gerettet, durch seinen, den gesunkenen Handel wieder emporzuheben, den einstweilen Schwester Emerentia mit vieler Umsicht leitete.

Fritz erschien. Die Mutter weinte Freudenthränen an dem Herzen des blühenden Knaben, und Emerentia wollte ihn wenige Tage nach seiner Ankunft in die Geheimnisse ihrer tiefen Handelspeculationen einweihen.

Aber hatte Fritz in seinen Kinderjahren eine große Gleichgiltigkeit für das väterliche Geschäft gezeigt, so war diese jetzt zur entschiedenen Abneigung erwachsen.

Er ging nachdenkend, tief sinnig, wie träumend umher. Er hatte einige Bücher mitgebracht, in denen er, in irgend einem Winkel sitzend, eifrig las. Mutter und Schwester waren aber von jeher keine Freundinnen der Lectüre, sie konnten daher nicht begreifen, was den Knaben so sehr an die Bücher fesselte, da sie, was sie doch früher vermutheten, keine Bilder darin fanden. Doch waren sie über das fleißige Lesen des Knaben in so weit beruhigt, weil sie einstens in seiner Abwesenheit die Bücher untersuchte, und den Titel ihren Wünschen und Hoffnungen entsprechend gefunden hatten. Das Buch hieß nemlich: „Wilhelm Meisters Lehrjahre.“ Sie dachten demnach, Fritz bereite sich dennoch im Stillen für das Geschäft des Vaters vor, und wolle, ehe er seine Lehrjahre in Praxi hinter dem Väterliche Rathes erholen, was sie nur billigen konnten. Freilich fanden sie, als sie die Bücher durchblätterten, nichts, was in das Fach des Handels einschlug, doch aber glaubten sie, daß in Büchern es anders zugehe, als in der Wirklichkeit, und also auch die Art der Belehrung eine andere Tendenz haben könne.

Sie ließen daher den Knaben, ihre freudige Entdeckung verschweigend, gewähren, und warteten im Stillen ab, bis er den Schatz der aus den Büchern erworbenen Kenntnisse baldigst hinter dem Väterliche, unter den Büchern und Schachteln, dem Zündschwamme, Feuersteinen und Schwefelkerzen, glänzend bethätigen werde.

(Fortsetzung folgt.)

